

---

Dieter Wunder

---

## Die Gewerkschaften - eine Kraft der Vergangenheit?

---

Dr. Dieter Wunder, geb. 1936 in Düsseldorf, ist seit 1981 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

„Kaum zwei Jahrzehnte nach dem Scheitelpunkt ihrer Macht sind sie (die Gewerkschaften) nicht mehr die vorwärtsweisenden Organisationen selbstbewußter Zukunftsgruppen. Vielmehr ist ihre Thematik defensiv, und ihre Anhängerschaft ängstlich. Die Gewerkschaften sind zu Verteidigungsorganisationen absteigender sozialer Gruppen geworden... Der Organisationsgrad ist desto geringer, je zukunftssträchtiger Industrien sind. So kann man (mit gewissen Einschränkungen) sagen, die Zukunft ereignet sich an den Gewerkschaften vorbei.“\*

Dieses vernichtende Urteil des angesehenen Soziologen und FDP-Politikers Dahrendorf stützt vorzüglich die selbstherrliche Machtausübung der konservativen Bonner Regierung. Diese strahlt in der Sicherheit, die Zukunft auf ihrer Seite zu haben, optimistisches Selbstbewußtsein aus und zieht die Gewerkschaften der Miesmacherei.

Die grundsätzliche Kritik an den Gewerkschaften läßt eine selbstkritische Überprüfung des Standortes der Gewerkschaften und ihrer Zukunftsperspektiven angeraten sein. Das Pochen auf die traditionelle Stärke der Gewerkschaften reicht nicht aus; eine Periode, in der ihr Einfluß prinzipiell bedroht wird, zwingt, Schwächen nüchtern zu benennen.

---

\*Ralf Dahrendorf, „Verhindern statt vorantreiben“, in: Die Zeit v. 18. 5. 1984.

## Zu den Stärken der Gewerkschaften und ihrer Nutzung

Vorweg ist allerdings die Stärke der Gewerkschaften ins Bewußtsein zu heben. Trotz Mitgliederrückgangs bleiben sie die größte und schlagkräftigste Organisation der Bundesrepublik. Vor allem verfügen sie über Grundlagen für arbeitnehmerorientierte Politik, die sie entgegen allem modischen Geschrei weiterhin zu einem der bestimmenden Faktoren der Innenpolitik machen können:

- Ihre Politik basiert auf Wertvorstellungen, die zukunftsweisend sind. Die Solidarität der vielen steht überzeugend gegen jeden liberalen oder konservativen Sozialdarwinismus. Der Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen aller, auch von sogenannten Randgruppen, hat Vorrang vor der Begünstigung der angeblich Leistungsstarken.
- Im Mittelpunkt der Zielvorstellungen steht der Mensch, nicht der Produktionsprozeß. Gegen die Vergötzung eines zum Selbstzweck geratenen ökonomischen Denkens setzen die Gewerkschaften die Unterordnung der Wirtschaft unter die Bedürfnisse des Menschen.
- Die Gewerkschaften haben aus langer Tradition prinzipielle und detaillierte Zielvorstellungen erarbeitet, die einen guten Ausgangspunkt für die Bewältigung der Zukunftsprobleme darstellen.
- Die Gewerkschaften verfügen über vielfältige Erfahrungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, mit Siegen und Niederlagen, die, soweit lebendig im Bewußtsein, auch Hilfen für zukünftige Kämpfe geben können.

Diese Stärken der Gewerkschaften wurden allerdings nicht immer erfolgreich genutzt:

1. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau ist in sich überzeugend, allerdings bisher nur punktuell erfolgreich. Die Schwierigkeiten, die die Gewerkschaften 1984 mit vielen Mitgliedern, aber auch der breiteren Öffentlichkeit erfuhren, sind zum einen darauf zurückzuführen, daß sie allzu lange den Eindruck erweckt haben, die sozial-liberale Koalition in ihrer Spätphase (ansteigende Arbeitslosenzahlen, scharfe Einschnitte ins soziale Netz) wider bessere Überzeugung geschont zu haben. Sie wurden gleichsam Teilhaber des Scheiterns der Sozialdemokraten bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise, so sehr, daß die konservative Regierung es sich leisten kann, die Gewerkschaften immer wieder vor den Kopf zu stoßen. Zum anderen sind es die Arbeitnehmer bisher nicht gewöhnt, daß die Gewerkschaften kollektive Ziele (z. B. Umverteilung von Arbeit) in den Mittelpunkt ihrer Tarifpolitik stellen, Ziele, deren Nutzen für den einzelnen nur indirekt oder auf lange Frist sichtbar wird.
2. In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften offensiv auf den technischen Fortschritt gesetzt. Heute formulieren sie für die Entwicklung der Neuen Technologien - defensiv - das Ziel der sozialen Beherrschbarkeit. Sie tun sich schwer, dieses Ziel im betrieblichen Alltag umzusetzen, denn die bisherigen

Rechte auf Eingriffe in den Produktionsprozeß sind dürftig, jede Erweiterung wird als Angriff auf die unternehmerische Freiheit gebrandmarkt. Die Gewerkschaften hinken also - bei richtigen Zielvorstellungen - hinter der Entwicklung her. Nicht einmal den Weg zu Modellversuchen haben sie bisher beschritten.

3. Organisationspolitisch haben die Gewerkschaften ihre Stärke bei Arbeitern, insbesondere in Großbetrieben. Weder im mittelständischen Bereich noch in den modernen Berufen, vor allem unter Angestellten, haben sie bisher eine beherrschende Stellung gewinnen können. Möglicherweise ist hier eine Tarifpolitik, die sich an traditionellen Arbeitsplatzvorstellungen ausrichtet, wenig attraktiv.

4. Die Gewerkschaften haben sich lange Zeit als die eigentlichen Wähler des Umweltschutzes verstanden; der Zielkonflikt zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen wurde negiert. Inzwischen ist das Problembewußtsein geschärft, aber im politischen Handeln mangelt es an Glaubwürdigkeit: Buschhaus hat geschadet. Die Reden führender Funktionäre werden als Abwehrreaktion verstanden; die Initiative für Umweltschutz liegt - vielfach überhastet, vordergründig, oberflächlich, aber politisch durchschlagend - bei anderen.

Die Gewerkschaften sind in der Gefahr, in dieselbe Situation zu geraten wie hinsichtlich der Friedensbewegung. Die Beteiligung an den Kundgebungen vom 20. Oktober 1983 wurde als respektabel anerkannt, die gesellschaftliche Bewegung verkörperten andere, im besten Fall auch lokale Untergliederungen der Gewerkschaften oder des DGB.

Vielleicht darf ich vereinfachend sagen: Tarif- und Sozialpolitik sind die traditionellen Domänen der Gewerkschaften. Darüber hinausgehende Politik, sei es Bildungs- oder Umweltpolitik, entwickelt sich nur allmählich, nicht ohne herbe Rückschläge.

Wenn die Grünen - aber nicht nur sie - Kritik an der Industriegesellschaft formulieren, tun dies manche Gewerkschaften allzu leicht als Angriff auf die Arbeitsplätze ab, anstatt diese Herausforderung produktiv aufzunehmen. Wer die Grünen nur als Bürgersöhne und -töchter kennzeichnet, übersieht leicht, daß es sich auch um die Kinder von Gewerkschaftsfunktionären handeln kann. Jungen Menschen erscheinen Grüne vielfach als diejenigen, die die Probleme der Zukunft sehen; zwar werden Antworten vermißt, aber mangels anderer Antworten wird es offensichtlich schon als ausreichend angesehen, daß wenigstens die Grünen Zukunftsängste aussprechen und Hoffnungen dagegensetzen. Die Ausgrenzungspolitik mancher Funktionäre gegenüber den Grünen sehe ich deswegen als problematisch an, weil damit ein Teil des akademischen Nachwuchses aus der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung entlassen wird.

Bei aller notwendigen Kritik an den Grünen darf nicht übersehen werden, daß ihre Wertvorstellungen eine größere Nähe zu gewerkschaftlichen Zielen haben als die von FDP oder wichtigen Teilen der CDU/CSU. In meinen Augen hat Holger Börner für die Weiterentwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik und damit die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen mehr getan als seine Kritiker - diese Aussage halte ich selbst dann aufrecht, wenn Börner mit seinem Kurs scheitern sollte; denn er hat die Grünen, das bedeutsamste Protestpotential der jungen Generation, in die politische Alltagsarbeit einbezogen. Von dieser Verantwortung werden sich die Grünen nicht mehr lossagen können. Auch die Gewerkschaften müssen es als ihre historische Aufgabe begreifen, zwar nicht den Grünen hinterherzulaufen, wohl aber mit ihnen in eine fruchtbare Auseinandersetzung einzutreten. Die von den Grünen verkörpert sozialen Gruppen müssen für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden. Ihre moralische Energie und ihr geistiges Potential dürfen nicht anderen gesellschaftlichen Kräften zugute kommen.

In die kritischen Bemerkungen über die Lage der Gewerkschaften beziehe ich auch den Fall Neue Heimat ein. Die Gewerkschaften als Vertreter der Interessen des „kleinen Mannes“ galten lange Zeit als moralisch einwandfreie Instanz; der Skandal um die Neue Heimat hat ihnen diesen Ruf genommen. Diese bittere Erkenntnis wird dadurch verschärft, daß inzwischen andere gesellschaftliche Kräfte - ich nenne insbesondere kirchliche Gruppen, aber auch Teile der Grünen - Glaubwürdigkeit in einem Maße verkörpern, wie sie den Gewerkschaften nicht mehr zuerkannt wird.

#### Wie Arbeit und Ansehen der Gewerkschaften verbessert werden könnten

Aus meinen Überlegungen ziehe ich den Schluß, daß die Gewerkschaften weniger ihre grundsätzlichen Positionen als vielmehr solche taktischer Art, vor allem aber ihre Durchsetzungsmöglichkeiten einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen haben. Nicht nur, weil die Gewerkschaften des DGB auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet sind, sondern auch, weil die Regierung gewerkschaftsfeindlich ist und die Oppositionsparteien politisch wenig überzeugend wirken, sind die Gewerkschaften derzeit auf sich selbst gestellt und haben daher ihre Politik umfassend in eigener Verantwortung zu entwickeln und durchsetzbar zu machen. Die folgenden Vorschläge verstehe ich als Diskussionsanstöße:

Die *Tarifpolitik* muß den Weg, den sie 1984 eingeschlagen hat, weitergehen: Nicht die Verbesserung der individuellen Einkommenslage, sondern die Umverteilung von Arbeit (Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aber auch der Lebens- oder Jahresarbeitszeit) und eine aktive Beschäftigungspolitik (auch

für den Staat) müssen im Vordergrund der gewerkschaftlichen Politik stehen. Dieser solidarische Weg, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, stellt sich gegen die Strategie der Arbeitgeber, durch Differenzierung Begünstigte und Benachteiligte zu schaffen. Wer wie die Regierung hohe Arbeitslosigkeit für lange Zeit hinnimmt, will diese Republik dauerhaft verändern: Der Sozialstaat mit erträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung soll durch den Manchesterstaat ersetzt werden, in dem die unternehmerische Freiheit das leitende Prinzip ist, die Rücksichtnahme auf den Mitmenschen allenfalls caritativen Charakter hat.

Das Jahr 1984 hat die Schwierigkeiten einer primär auf kollektive Ziele bedachten Tarifpolitik gezeigt. Mit ungeheurem Kraftaufwand ist es IG Metall und IG Druck und Papier gelungen, das Tabu der 40-Stunden-Woche zu brechen; dieser feste politische Wille, gestützt vom DGB, hat es den Gewerkschaften der Vorruhestandsregelung ermöglicht, ihre Form der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Von einem strahlenden Sieg der Gewerkschaften zu sprechen, wäre verfehlt. Die besondere Situation im öffentlichen Dienst hat deutlich gemacht, daß der Durchbruch in der Wirtschaft keine entsprechende Fortsetzung finden konnte, „nur“ deutliche Einkommenszugeständnisse wurden entgegen den ursprünglichen Absichten der Regierung errungen. Die Gewerkschaften haben sich mit ihrer kollektiven Tarifpolitik in Anbetracht aller Umstände gut behauptet, mehr aber auch nicht. Die Arbeitslosigkeit dauert an, der Kampf muß weitergehen.

Das vergangene Jahr hat, nicht nur als Folge der langanhaltenden Krise des Arbeitsmarktes, die *Grenzen traditioneller Kampfformen* gezeigt; bewährte Instrumente waren nicht in jedem Fall effektiv. Die bisherige Tabuisierung von Betriebsbesetzungen wird in Frage gestellt; es sollte zu denken geben, daß ein führender CDU-Politiker wie Biedenkopf sie nicht grundsätzlich ausschließt. Die veränderte gesellschaftliche Situation der Gewerkschaften macht aber auch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß nicht alle Gewerkschaften wirklich kampffähig sind, sei es weil der Organisationsgrad unbefriedigend ist oder konkurrierende Organisationen einen Arbeitskampf erschweren, sei es, weil den Beamten das Streikrecht verweigert wird. Auf Dauer kann diese Situation weder von den betroffenen Gewerkschaften noch von den anderen hingenommen werden. Ohne Patentrezepte in der Hand zu haben, plädiere ich dafür, das traditionelle Repertoire gewerkschaftlicher Kampfmittel intensiv zu diskutieren. Die Drohung mit dem Streik heißt im Kern, den für das Arbeitsleben unerläßlichen Arbeitsfrieden begrenzt aufkündigen zu wollen. Die Frage stellt sich sehr ernsthaft, ob angesichts der sich verändernden Produktionsbedingungen, aber auch der gesellschaftlichen Gegebenheiten (zunehmende Bedeutung der Angestellten), neue Formen des Arbeitskampfes denkbar sind. Wir alle sind gefragt: Können Angestellte und Beamte kampffähig werden?

*Ein Instrumentarium des Arbeitskampfes 1984 ist weiterzuentwickeln: Die Gewerkschaften hatten auf eine soziale Bewegung zugunsten ihres Tarifkampfes gehofft und dafür beträchtliche Anstrengungen unternommen, die sich in begrenztem Maße ausgezahlt haben; allerdings war die Stärke dieser sozialen Bewegung nicht zufriedenstellend. Dennoch ist dieses Konzept nicht fragwürdig geworden. Arbeitskämpfe mit gesellschaftspolitischen Zielen, zum Beispiel Umverteilung von Arbeit, bedürfen nicht nur der Unterstützung aller Gewerkschaften, sondern brauchen auch die Zustimmung, wenn nicht sogar aktive Teilnahme, weiter Kreise der Bevölkerung. Damit solches gelingen kann, ist allerdings langfristiges Arbeiten notwendig. Nicht jeder ist so freundlich wie mancher Schriftsteller, der bei Anruf bereit ist, seine Unterschrift zu geben. Wenn manche kirchlichen Kreise die Gewerkschaften 1984 unterstützt haben, so ist dies sowohl auf Entwicklungen innerhalb der Kirchen als auch auf Zusammenarbeit vor Ort zurückzuführen. Die Gewerkschaften werden in Zukunft alle Möglichkeiten nutzen müssen, für ihre Ziele außerhalb ihrer Mitgliedschaft zu werben. Die dabei entstehenden Probleme mit unbequemen und selbständig denkenden Bundesgenossen-Künstlern, Wissenschaftlern, Pastoren - sind nicht als lästig, sondern als Chance zu begreifen, denn: Eine noch so gute Streikkasse nützt wenig, wenn der Rückhalt in der öffentlichen Meinung fehlt.*

Die Gewerkschaften sollten sich auch nicht zu schade sein, aus den Erfahrungen der sozialen Bewegungen der letzten zwanzig Jahre zu lernen. Die Gesellschaft der Bundesrepublik hat vielfältige Aktionsformen hervorgebracht, erfolgreiche und erfolglose, solche, die grundsätzlich zu mißbilligen sind, weil sie Gewalt anwenden, und solche, die sehr bedenkenswert sind. Das Handeln von Studenten, Bauern, Frauen, Bürgerinitiativen und anderen ist oft beispielhaft. Die nachlassenden Erfolge der Gewerkschaften in vielen Politikbereichen einerseits, die spezifischen Formen der Mediendemokratie andererseits verlangen daher von den Gewerkschaften neuartige Überlegungen.

Aus den erkennbar gewordenen begrenzten Möglichkeiten der Tarifpolitik ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, ihre traditionelle „*Einmischung*“ *in die Politik* zu verstärken, also sich selbst und ihre Arbeit zu politisieren. Dabei haben die Gewerkschaften unter Führung des DGB ihr Mitspracherecht für alle Lebensbereiche der Arbeitnehmer tatkräftiger als bisher wahrzunehmen. Umweltpolitik sollte in die Initiative der Gewerkschaften übergehen; die Gestaltung neuer Arbeitsplätze wie auch die Einflußnahme auf die Entwicklung der neuen Techniken, insbesondere durch selektive staatliche Förderung oder Behinderung, muß Gegenstand praktischer gewerkschaftlicher Politik werden. Möglicherweise liegt hier ein Arbeitsbereich vor, in dem auch neue konzeptionelle Überlegungen anzustellen sind. Wäre es denkbar,

daß die Gewerkschaften, auf welchem Wege auch immer, für die gesellschaftlich sinnvolle Nutzung technischer Innovationen in die Vorhand kommen?

Wenn die Gewerkschaften verstärkt politisch tätig werden sollen, müssen sie allen Versuchen, eine Ersatzpartei zu werden, von Anfang an widerstehen. Sie müssen sogar mehr als bisher dafür tun, daß ihre *parteilpolitische Unabhängigkeit* glaubwürdig wird. Sie leiden heute darunter, daß sie zu eng mit der sozial-liberalen Koalition verbunden waren. Tätigkeit im außerparlamentarischen Raum heißt, daß es (normalerweise) nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, sich den Kopf einer Partei zu zerbrechen oder über Koalitionsfähigkeit oder Nichtkoalitionsfähigkeit nachzudenken. Die Gewerkschaften sind auch nicht Gegner von CDU oder CSU, sondern bekämpfen die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der von diesen Parteien gestellten Regierung. Sie haben allerdings allen Anlaß, verstärkt in die Regierungsparteien hineinzuwirken, um ihre Vorstellungen deutlicher zu machen. Die SPD ist im übrigen nicht a priori *die* gewerkschaftliche Partei, auch wenn viele Funktionäre sich ihr besonders verbunden fühlen. Unabhängigkeit gegenüber den Parteien heißt aber auch, unbefangen mit der neuen Partei der Grünen umzugehen. Ich sehe keinen Grund zu einer besonderen Distanz, denn immerhin gib es aus dieser Partei eine Reihe von Vorstößen, die gewerkschaftliche Politik aufnehmen.

Aufgabe der Parteien ist es, ein mehrheitsfähiges Konzept für staatliches Handeln zu entwickeln. Dies führt unter den gegenwärtigen Bedingungen in der parlamentarischen Demokratie notwendigerweise dazu, daß Randgruppen, sei es in Form selbständiger Parteien (FDP, Grüne), sei es in Form umworbener Wählergruppen, eine überragende Bedeutung für die parlamentarische Arbeit haben. Demgegenüber ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Arbeitnehmer ohne Rücksichtnahme auf andere klar zu formulieren und zielbewußt durchzusetzen. Die direkte Einwirkung auf die politischen Kräfte muß in der täglichen Arbeit der Gewerkschaften denselben Rang erhalten wie die Tarifpolitik. Es reicht nicht aus, auf Gewerkschaftstagen und in Vorständen gute Beschlüsse zu fassen und sie dann gegenüber den Parteien und parlamentarischen Gremien sowie der Ministerialbürokratie sorgfältig durchdacht zu vertreten. Solche Arbeit ist zu unterstützen und zu ergänzen durch Lobby-Arbeit in einem sehr handfesten Sinne. Ich denke, dabei könnten wir von den Vereinigten Staaten lernen. Wenn auch bedingt durch ein andersartiges politisches System, gehört dort die vielfältige Einwirkung auf den einzelnen Abgeordneten (Telefon- und Briefaktionen, Unterschriftensammlungen, Besuche usw.) zum alltäglichen Geschäft. Solche „Bedrängung“ von Abgeordneten ist bei uns weitgehend unbekannt; sie gilt es, den deutschen Formen der Politik entsprechend zu entwickeln.

Die bisherige Art der gewerkschaftlichen *Öffentlichkeitsarbeit* ist zu überdenken. Muß es eigentlich so sein, daß die Gewerkschaften zwar quantitativ die größte Pressemacht besitzen, aber ihr Einfluß, selbst auf Mitglieder, nur beschränkt ist? Wer verfügt außer den Gewerkschaften schon über eine Zeitschrift, die garantiert jeden Monat fast 8 Millionen Mitglieder, also mit Familienangehörigen über 20 bis 30 Millionen Bürger, direkt erreicht? Warum ist diese Presse wenig attraktiv? Ist eine gewerkschaftliche Wochenzeitung für alle Mitglieder wirklich undenkbar? Muß es so bleiben, daß unsere Presse mehr als Amtsblatt denn als interessante Lektüre für Mitglieder verstanden wird? Können wir von Axel Springer wirklich nichts lernen?

Die Gewerkschaften klagen über die gegnerische Presse und ihre Journalisten. Bei einigen dieser Journalisten ist sicherlich nichts anderes zu erwarten, besteht doch ihr Auftrag darin, die Interessen ihrer Arbeitgeber wahrzunehmen. Allerdings kann dieser Hinweis nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die *Öffentlichkeitsarbeit* nicht gerade zu den Stärken der Gewerkschaften gehört. Müssen wir uns nicht zutrauen, mehr aus unseren internen Diskussionen nach außen dringen zu lassen? Die Wiederholung schon einmal gefaßter Beschlüsse ist in einer Mediendemokratie uninteressant. Die interne Weiterentwicklung von Beschlüssen, die Probleme der Verwirklichung, die Konfliktpunkte - dies trifft auf Interesse bei einer kritischen Öffentlichkeit. Da die sogenannte unabhängige Presse das eigentliche Informationsorgan der Gewerkschaftsmitglieder über ihre Gewerkschaften ist, würde eine andere *Öffentlichkeitsarbeit* die Gewerkschaftsarbeit auch den Mitgliedern verständlicher machen. Nicht die ängstliche Abschirmung kontroverser Diskussionen, sondern ihr offener Austrag, die Förderung der gewerkschaftlichen Vielfalt scheint mir der Weg zu sein, der Gewerkschaften bei vielen Mitbürgern, vor allem auch bei jüngeren, attraktiver machen kann.

Stärkung der gewerkschaftlichen Vielfalt bedeutet oft nichts anderes, als die tatsächlich vorhandene Vielfalt der Meinungen auch offiziell zu akzeptieren. Die von den Gegnern der Gewerkschaften hochgespielten Meinungsunterschiede zwischen den Gewerkschaften der 35-Stunden-Woche und denen der Vorruhestandsregelung sind vielleicht nur deswegen so schmerzlich gewesen, weil wir der falschen Vorstellung anhängen, als müßten sich die Gewerkschaften immer als einheitlicher Block darstellen, als sei es nicht - wie das Jahr 1984 bei nüchterner Betrachtung überzeugend gezeigt hat - möglich, dieselben Ziele auf verschiedenen Wegen, mit unterschiedlichen Taktiken anzustreben. Das Feldgeschrei *für* eine, *gegen* die andere Richtung hat wenig gebracht.

Ein solches Plädoyer für die Anerkennung der Vielfalt bedingt allerdings auch ein hinreichendes Gegengewicht: Der DGB ist zu stärken. Die Gewerk-



Schäften müssen politischer werden. Das ist nur möglich, wenn die Dachorganisation mehr Befugnisse erhält, nicht durch eine Satzungsänderung, wohl aber im praktischen Vollzug der Politik. Die Stärke des DGB lag 1984 darin, daß er im Vorfeld und in der Begleitung der Tarifaueinandersetzung eine hervorragende Rolle spielte. Die Schwäche des DGB zeigte sich, wenn diese Rolle nicht voll akzeptiert wurde.

Die Arbeit der Gewerkschaften und des DGB kann verbessert werden, sie muß verbessert werden. Machen wir uns daran, mutiger als bisher, Neuland zu beschreiten. Dann sind die gegenwärtigen Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Politik nur vorübergehender Natur.